

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

18.6.1929 (No. 138)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Verbindung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsmaßnahme, und Konfliktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streit, Sperrung, Verschiebung, Wertschwankung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infertent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Baden

Das im Hinblick auf die Ordnungstörungen in den letzten Monaten und im Zusammenhang mit dem Verbot des Rotfrontkämpferbundes vom Ministerium des Innern erlassene allgemeine Demonstrationsverbot für Baden ist wieder aufgehoben worden. Es wird jedoch mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß auch in Zukunft von den in Frage kommenden Organisationen bei ihren öffentlichen Veranstaltungen ein Verhalten erwartet werden muß, das nicht zu Ordnungstörungen und Provokationen führt; andernfalls müßte hierin ein Anlaß gesehen werden, ein Verbot von Demonstrationsumzügen wieder zu erlassen.

Ortliche polizeiliche Anordnungen im Einzelfall werden durch die Rücknahme des allgemeinen Verbots nicht berührt.

Der Autonomisten-Prozess in Besançon

Am Montag begann im Prozess gegen Moos die Zeugen- und Sachverständigenvernehmung. Der durch die Veröffentlichung angeblicher Dokumente eines elsässisch-französischen Autonomisten kurz vor den elsässischen Gemeindevahlen von sich reden gemacht hat, Dumser sagte in deutscher Sprache aus. Seine Ausführungen müssen übersetzt werden. Dumser erklärte u. a., wenn die französische Regierung in irgendeiner, aber jedenfalls verfassungsmäßigen Form dem elsässischen Volk hinsichtlich seiner Sprache und seiner Religion Garantien gegeben hätte, wären so schmerzliche Prozesse, wie der von Colmar und der gegenwärtige, nicht notwendig geworden. Ein zu schneller Verzicht der Assimilierung jedoch habe die Eltsässer gezwungen, sich zu verteidigen.

In der Nachmittags-sitzung wurde der Zeuge Dumser von den Anwälten ins Kreuzverhör genommen, in dessen Verlauf er zugab, daß er vor der Herausgabe seiner Broschüre „Einschüchtern eines elsässischen Autonomisten“ versucht habe, von Dr. Ernst 300 000 Franken zu erhalten. Rechtsanwalt Vertzon bezeichnet dann den Zeugen als einen Denunzianten, der auf alle Fälle schuldig sei. Habe er doch nach seinem eigenen Eingeständnis Geld angenommen, während gegen den im Prozess angeklagten Moos nichts Derartiges vorzubringen sei. Sei es nicht eine schreiende Ungerechtigkeit, Dr. Moos aus Besançon zu sehen, während Dumser sich in Freiheit befindet.

Der Generalstaatsanwalt bemerkt hierzu, das Komplott bestehe nicht in der Tatsache, daß Geld angenommen worden sei. Rechtsanwalt Vertzon erwidert hierauf, für sein Land die Freiheit im Rahmen Frankreichs gewollt und gegen beängstigte Fremde protestiert zu haben, das sei also für den Generalstaatsanwalt ein Grund, Gefängnisstrafen zu verhängen, während derjenige, der Geld empfangen habe, sich in Freiheit befinde.

Weiter wurde der Abbe Goldschmidt, Leiter des katholischen Kolportagedienstes im Elsaß, als Zeuge vernommen, der die Behauptungen des Zeugen Dumser, daß von Deutschland auch nichtreligiöse Schriften geliefert worden seien, widerlegt und erklärt, er stehe auch heute noch mit deutschen Geistlichen in schriftlichem Verkehr. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob diese Korrespondenz unter weiblichen Decknamen geführt werde, erwiderte der Zeuge unter schallendem Gelächter der Zuhörer: „Ich pflege niemals mit jungen Mädchen zu korrespondieren.“ Abbe Goldschmidt beschwerte sich dann über die Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Polizei. Er habe kein Vertrauen mehr zur Post, und wenn er einen wichtigen Brief zu besorgen habe, lasse er ihn in Saarbrücken aufgeben. Der Zeuge verurteilt den Colmarer Urteilspruch, während sein Amtsgenosse Abbe Duffer, der gleichfalls als Zeuge geladen ist, den Autonomismus verdammt.

Ein Auslandskredit für das Reich

Die Nachricht eines Berliner Blattes, daß die Verhandlungen über einen mehrmonatigen Kredit des Reiches in Höhe von 50 Millionen Dollar unmittelbar vor dem Abschluß stünden, dürfte nach den Erkundigungen der „Frankf. Ztg.“ der Wahrheit ziemlich nahekommen, obwohl von zuständiger Seite selbst darüber keine bestimmte Aussage zu erlangen ist. Wie es scheint, gehen die Verhandlungen des Reiches über ausländische Kredithilfe schon seit mehreren Wochen; vorübergehend scheint einmal auch an die Einziehung der Reichsbahn gedacht worden zu sein, doch wurde diese Idee offenbar nicht weiter verfolgt als sich ergab, daß auch auf direktem Wege ein Abschluß erreichbar sei. Wie man weiß, haben der Reichsregierung schon Ende Mai relativ vorteilhafte ausländische Kreditangebote vorgelegen, die aber damals nicht benutzt zu werden brauchten. Sollte, wie man hoffen darf, morgen der Abschluß über die 50 Millionen Dollar zustande kommen, dann wären die Kassenverhältnisse des Reiches bis zum Inkrafttreten des neuen Reparationsplanes wenigstens in der Spitze ziemlich beseitigt, so daß dann eine gründliche Remedur unter Ausnutzung der Pariser Erleichterungen möglich wäre.

Anerkennung für die deutschen Sachverständigen. Der Vorsitzende der Reparationskonferenz, Owen Young, hat in einem Telegramm an den Reichskanzler der gründlichen Arbeit der deutschen Sachverständigen seine Anerkennung gezollt.

Letzte Nachrichten

Bilferding vor dem Reichstag

22 Millionen Fehlbetrag

B.D.S. Berlin, 18. Juni (Tel.) Die Reichstags-sitzung am Dienstag wurde durch eine Rede des Reichsjustizministers Dr. Bilferding eingeleitet, der ausführte: Ich habe in meiner Staatsrede mit voller Absicht das etwaige Ergebnis der Pariser Verhandlungen ganz außer Betracht gelassen. Ich habe unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstags die Aufstellung eines Defizitplans abgelehnt. Ich rechnete damals mit den stillen Reserven, die wir in der Alkoholbesteuerung hatten. Der Reichstag hat es abgelehnt, dieses Steuergebiet in Anspruch zu nehmen. Er hat das Defizit durch starke Abstriche ausgeglichen und alle Reserven aufgebraucht. Jetzt bleibt ein Fehlbetrag von 22 Millionen. Bis zur dritten Lesung wird auch die Ausgaben-seite erhöht werden müssen, beispielsweise für die Lohnerhöhung der Reichsarbeiter. In der nächsten Zeit werden dringende und große Probleme der Finanzpolitik zur Lösung kommen müssen. Die Schwierigkeiten der Kassenlage im Mai sind vor allem durch die Steuerfreie Anleihe behoben worden. Damals war der Geldmarkt besonders ungünstig. Die Befürchtung eines Scheiterns der Pariser Verhandlungen hatte eine gewisse Panik erzeugt, die gefördert wurde durch die ganz verantwortungslose Agitation, die von gewisser Seite damals in der Öffentlichkeit getrieben worden ist.

Die deutsche Währung hat sich als absolut gesichert erwiesen. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit über unsere Kassenlage muß endlich aufhören, denn sie schädigt auch den Kredit der deutschen Wirtschaft. Diese Diskussion wird vielfach ohne wirkliche Kenntnis der Verhältnisse geführt. Wenn z. B. von deutsch-nationaler Seite verbreitet worden ist, das Reich sei bankrott, so kann man eine solche Äußerung nur als verantwortungslos bezeichnen. Um solchen Schwierigkeiten, wie wir sie in der letzten Zeit durchmachten, für die Zukunft vorzubeugen, wird es notwendig sein, wieder einen Betriebsmittelfonds anzusammeln.

Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen stellt uns vor neue Aufgaben, auch in der Finanzpolitik. In erster Linie ist die Klärung der Finanzlage notwendig. Das aus 1928 übernommene Defizit von 150 Millionen muß noch aus den Ergebnissen dieses Etatsjahres abgeleitet werden. Das Finanzministerium muß darüber wachen können, daß die einzelnen Ressorts die notwendige Vorsicht in ihren Aufwendungen anwenden. Leider ist die Haushaltsordnung, die dem Finanzminister die dafür erforderlichen Kompetenzen geben soll, noch nicht verabschiedet. Ich hoffe, daß das in der Herbsttagung geschieht.

Für das Etatsjahr 1930 müssen wir zu einer Klärung des finanzpolitischen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern kommen. Die zum Teil recht großen Abfindungen, die die Länder vom Reich verlangen, sollen in einem Gesetzentwurf geregelt werden, den ich demnächst vorlegen will. — Notwendig ist auch die baldige Verabschiedung des Steuervereinfachungsgesetzes. — Die Veränderung der Stellung der Reichsbahn bedingt auch eine neue finanzpolitische Regelung. Ich kann auf Einzelheiten nicht eingehen, bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind, die sich mit der Verwirklichung des Youngplans befassen. Ein genaues Finanzprogramm werde ich vorlegen in dem Zeitpunkt, wo ich finanzpolitische Handlungsfreiheit habe. Dieses Finanzprogramm soll gehalten sein im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Erhöhung der Produktivität unserer Gesamtwirtschaft.

Die Markabfindung Belgiens

M. Berlin, 18. Juni. (Bris.-Tel.) Die Verhandlungen über die Markabfindung Belgiens, die in Brüssel abgebrochen worden sind, werden am Donnerstag in Berlin wieder aufgenommen werden.

Unruhen in Durban

B.D.S. Durban, 18. Juni (Tel.) Bei Zusammenstößen zwischen eingeborenen Arbeitern und Europäern wurde ein Europäer und vier Eingeborene getötet, zehn Europäer und 41 Eingeborene schwer verletzt. Nach einem bisher unbefriedigenden Gerücht wurde ein europäischer Geheimpolizist getötet. Weitere Berichte, deren Angaben noch nicht nachgeprüft werden konnten, besagen, daß die Gesamtzahl der bei den Unruhen getöteten Eingeborenen 14 beträgt. Die Unruhen sind jetzt im wesentlichen unterdrückt, es kommt aber noch immer zu vereinzelt Zusammenstößen in einigen Teilen der Stadt.

Die Kosten der Trodenlegung Amerikas. Nach einer amtlichen Meldung hat die amerikanische Regierung zur Durchführung der Antialkoholgesetzgebung in den letzten 9 Jahren insgesamt 213 178 485 Dollar aufgewendet.

Die Bautätigkeit im Deutschen Reich und in Baden 1928

Wie einer Darstellung des Statistischen Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik“ (9. Jahrg., 1929, Nr. 9) zu entnehmen ist, war die Bautätigkeit auch im Jahre 1928 trotz der großen Kapitalknappheit außerordentlich lebhaft und weist wider Erwarten ein recht günstiges Ergebnis auf.

Der Reinzugang an Wohnungen im Deutschen Reich stellte sich auf 309 762 gegen 288 635 im Jahre 1927, die Zunahme betrug 7,3 v. H. Damit konnte der aus den Vorjahren übernommene Fehlbetrag, wenn man den laufenden Jahresbedarf 1927 und 1928 auf je etwa 225 000 Wohnungen beziffert, im Jahre 1927 um rund 64 000, im Berichtsjahr um rund 85 000, insgesamt um etwa 149 000 vermindert werden. Der Reinzugang an Wohnungen in den Jahren 1919 bis 1928 zusammen betrug 1 648 599.

In Neubauten wurden 306 825 Wohnungen (7,9 v. H. mehr als 1927) fertiggestellt, davon 303 327 für Wohngebäuden. Unter den Bauherren überwiegen bei weitem die privaten Bauherren, auf die 59,6 v. H. (im Vorjahr 60,3 v. H.) aller in Wohngebäuden errichteten Wohnungen entfielen, während die gemeinnützigen Baugesellschaften 30,0 v. H. (27,9 v. H.), öffentliche Körperschaften und Behörden 10,4 v. H. (11,8 v. H.) aller Wohnungen in Wohngebäuden herstellten. Die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften beschränkte sich weitgehend auf die Großstädte, in denen sie — wie im Vorjahre — mehr Wohnungen als die sonstigen privaten Bauherren errichtet haben. Hier ist jedoch ihr Anteil am gesamten Wohnungsbau etwas (von 51,1 auf 48,3 v. H.) zurückgegangen, während er in den übrigen Gemeinden und damit auch insgesamt etwas gestiegen ist.

Durch Umbauten, wohl nur zum kleinen Teil im Wege der Umwandlung von Geschäfts- in Wohnräume, in der Hauptsache durch Aus- und Umbauten und Teilung großer Wohnungen sind 23 617 Wohnungen gegen 22 390 im Vorjahr gewonnen worden. Es war also wiederum eine geringe Zunahme (um 5,5 v. H.) zu verzeichnen, die jedoch durch einen gleichfalls gestiegenen Abgang infolge Umbauten (3272 Wohnungen gegen 2839 Wohnungen oder 15,3 v. H. mehr) erheblich verringert wurde.

Die zunehmende Bautätigkeit gestattete auch in immer größerem Umfang den Abbruch von überalterten oder unzuverlässigen Gebäuden. Hierdurch kamen 17 408 Wohnungen gegen 15 360 im Vorjahr in Fortfall, d. h. 13,3 v. H. mehr als 1927. Die Abbruch-tätigkeit ist also im Berichtsjahr verhältnismäßig stärker als die Neubautätigkeit gestiegen.

Der Reinzugang an Wohnungen hatte sich von 1926 auf 1927 am meisten in den Gemeinden über 5000 bis 100 000 Einwohnern, unter diesen besonders in den Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohnern, erhöht. Von 1927 auf 1928 ist der Reinzugang in den Gemeinden, welche im Vorjahr die verhältnismäßig geringste Zunahme aufwiesen, also in den Großstädten und in den ganz kleinen Gemeinden, am meisten gestiegen. In den Städten von 10 000 bis 20 000 Einwohnern, aber auch in den Mittelstädten mit mehr als 50 000 Einwohnern war sogar ein Rückgang (um 1,3 bzw. 4,7 v. H.) zu verzeichnen. In den Jahren 1919 bis 1928 zusammengekommen war die Wohnungsbautätigkeit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am größten in den Gemeinden mit 2000 bis 50 000 Einwohnern (etwa 32 bis 35 Wohnungen je 1000 Einwohner) und am geringsten in den ganz kleinen Gemeinden (20,1) und den Großstädten (26,2).

Die Zahl der im Jahre 1928 fertiggestellten Wohngebäude betrug 137 306 und übertraf damit das Vorjahr (131 368) um 4,5 v. H. An Kleinhäusern mit 1 bis 2 Wohnzimmern und höchstens 4 Wohnungen wurden 114 000 gegen 112 050 im Jahre 1927 von der Baupolizei abgenommen, d. h. nur 1,7 v. H. mehr; die Zunahme war also wiederum bei den Kleinhäusern verhältnismäßig geringer als bei den größeren Wohngebäuden. Der Anteil der fertiggestellten Kleinhäuser an der Gesamtzahl der Wohngebäude ist daher von 86,8 v. H. im Jahre 1926 und 85,3 v. H. im Jahre 1927 auf 83,0 v. H. zurückgegangen. Am höchsten war der Anteil der Kleinhäuser im Jahre 1921 mit 89,2 v. H. aller errichteten Wohngebäude. Auch die Durchschnittsgröße der Wohn-

Häuser nach der Zahl der in ihnen errichteten Wohnungen hat wieder um ein geringes zugenommen. Im Jahre 1924 kamen auf ein neu errichtetes Wohngebäude 1,7 Wohnungen, im Jahre 1925 1,8, im Jahre 1926 2,0, im Vorjahre 2,1 und im Berichtsjahr 2,2 Wohnungen. Mit zunehmender Gemeindegroße stieg auch die Durchschnittsgröße der erstellten Wohnhäuser. In den Gemeinden mit höchstens 2000 Einwohnern entfielen auf ein neu errichtetes Wohngebäude 1,4 (im Vorjahr 1,3), in den Gemeinden über 100 000 Einwohnern 4,0 (3,8) Wohnungen. Die Durchschnittsgröße der erstellten Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume hat sich — wenn man von den Groß- und Mittelstädten auf alle Gemeinden schließen kann — nicht verändert.

Durch öffentliche Körperschaften und Behörden wurden 7,6 v. H. aller Wohngebäude (im Vorjahre 8,6 v. H.), durch gemeinnützige Baugesellschaften 20,4 v. H. (18,8 v. H.) und durch sonstige private Bauherren 72,0 v. H. (72,6 v. H.) errichtet. Die von gemeinnützigen Baugesellschaften errichteten Wohngebäude waren im Durchschnitt mit 3,2 Wohnungen je Wohnhaus am größten, die von sonstigen privaten Bauherren errichteten mit 1,8 Wohnungen am kleinsten. An Gebäuden für öffentliche, gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke wurden im Berichtsjahr 79 306 gegen 76 052 im Vorjahr, d. h. 4,3 v. H. mehr, errichtet. Die Zunahme war also verhältnismäßig etwa ebenso groß wie bei den Wohngebäuden; jedoch kleiner als bei den Wohnungen. Durch Abbruch kamen 9148 solcher Gebäude oder 11,0 v. H. mehr als 1927 in Fortfall. Der Reinzugang an Gebäuden für öffentliche, gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke betrug mithin 70 158 Gebäude oder 3,5 v. H. mehr als 1927.

Auch das laufende Jahr läßt im Deutschen Reich eine günstige Weiterentwicklung der Bautätigkeit erwarten. Im 1. Vierteljahr 1929 war in den Groß- und Mittelstädten die Zahl der genehmigten Wohngebäude um 8 v. H. und diejenige der Wohnungen um 18 v. H. größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Wie im Reich, so weist auch in Baden die Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1928 eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung auf. Mit 13 397 neu geschaffenen Wohnungen erreicht sie fast das Ergebnis des bisher günstigsten Baujahres 1927 mit 13 796 Wohnungen. In den letzten beiden Jahren wurden etwa doppelt so viele Wohnungen als in den Vorkriegsjahren erstellt, so daß nicht nur der durch Eheschließungen entstandene jährliche Neubedarf von etwa 6000 Wohnungen, sondern auch ein erheblicher Teil des noch aus den Kriegsjahren vorhandenen Fehlbedarfs gedeckt werden konnte. Der Anteil der Kleinwohnungen hat von 59 v. H. im Jahr 1924 auf 78 v. H. im Jahre 1928 zugenommen.

Als Bauherren waren bei der Erstellung der Wohnungen beteiligt: öffentliche Körperschaften mit 7,1 v. H., gemeinnützige Bauvereinigungen mit 14,5 v. H. und private Bauherren mit 78,4 v. H. Von den erstellten Wohnungen wurden in den letzten beiden Jahren 88 v. H. mit öffentlichen Baudarlehen gefördert gegenüber 48 v. H. 1924, 70 v. H. im Jahre 1925 und 82 v. H. im Jahre 1926. Dieser tatkräftigen Förderung aus öffentlichen Mitteln seitens der Regierung, der Wohnungsverbände und der verbandsfreien Städte ist auch die günstige Entwicklung des Wohnungsbaues in Baden in den letzten Jahren hauptsächlich zu verdanken.

Ch r e r, Freiburg i. Br.

Bruchsaler Schloßkonzerte

In der bunten Reihe der sommerlichen Musikveranstaltungen behaupten seit Jahren die historischen Konzerte am ehemaligen scheidenden Hofschloß zu Bruchsal ihren bevorzugten Platz und bedeuten stets aufs neue für einen anspruchsvollen Zuhörerkreis sogar ein starkes Erlebnis. Wieder hat man die reiche Musikbibliothek, die der Lieblingsbruder des geistlichen Schloßherrn — Rudolf Franz Erwein von Schönborn — hinterließ, nach unbekanntem Schicksal durchstöbert, und abermals hat Fritz Jöbele, der eifrige Bearbeiter, etwas sehr Verdienstliches und vielfach Schönes dabei herausgebracht. Freilich, nur weil Zeit- und Raumempfinden mit dem klanglichen Ereignis im Bruchsaler Fürstensaal absolut übereinstimmen, ist der Erfolg so übermächtig groß, an andern Orten und bei andrer Gelegenheit würde wahrscheinlich dies oder jenes dem musikalischen Hausarchiv entnommene Stück kaum die gleiche Wirkung tun, und man könnte sich oft mit der einfachen Feststellung der vorhandenen Noten begnügen, ohne neben sonst gewissenhafter Buchung und richtiger Registrierung auch noch den speziellen Wunsch nach einer Wiederaufführung zu äußern.

Im einzelnen suchte das diesjährige Programm in seinen zwei Hälften die großen Zusammenhänge aufzudecken, welche das XVIII. Jahrhundert beherrschen. Einestheils hatte man nämlich um den Namen Handels einige in ihren Streben um ihm verwandte Kunstwerke gestellt (besonders von Telemann und Vresianello), andererseits gruppieren sich in der weiteren Vortragsfolge einige Komponisten, an denen deutlich schon der Stilwille Mozarts abzulesen war. Am somit immerhin eine Typisierung der Fälle zu ermöglichen und eine chronologische Ordnung zu erreichen, hätte es also gar nicht mehr der Handlungsinfonie „l'impériale“ bedurft, die abschließend dardat, daß man wirklich fast einem vollen Jahrhundert abendländischer Musikgeschichte verlaufes beigewohnt hatte und damit gewißlos einer Dokumentenanhäufung von bleibendem Wert. Die Ausführung lag in diesem Jahr Mitgliedern des badischen Landestheaterorchesters ob, sehr tüchtig außerdem bevorwortet durch Generalmusikdirektor Josef Kröp, der sich als obligater Cembalo- und Orgel-Spieler mitten in seinem kleinen Kammerorchester ansiedelte und dieses gleichwohl durch den Geist seiner überzeugungskräftigen Persönlichkeit inspirierte. Solistin war wiederum Mia Gintler, jene vorzügliche Frankfurter Solotanzfängerin, die ihren Hergang mit soviel Schärfe und Kultur zu durchbluten weiß, daß seinem stimmlichen Klangwert nichts von eckler und eckler Patina zu fehlen scheint.

S. Sch.

Aus dem Reichstag

Ernung für Rahl — Reichswehretat

Die Tagesarbeit des Reichstages wurde am Montag durch eine außergewöhnliche Kundgebung unterbrochen, die Prof. Dr. Rahl zum 80. Geburtstag darbrachte. Präsident Loh feierte in einer Ansprache den Jubilar, der der deutschen Volkvertretung herzlich für diese Ernung dankte.

Die zweite Beratung des Reichswehretzes wurde zu Ende geführt. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um die Marine. Von den meisten Rednern wurde betont, daß in unserer kleinen Flotte außerordentlich viel geleistet werde. Die Bestimmungen wurden auf Dienstag vertagt.

Der Rechtsausschuss über das Republik-Schutzgesetz

In der fortgesetzten Beratung des Republik-Schutzgesetzes im Rechtsausschuss des Reichstages meinte Ministerialdirektor Schäfer, eine Klarstellung des Begriffes der „Beschimpfung“ der republikanischen Staatsform sei durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts erfolgt.

Abg. Heilmann (Soz.) erwidert dem Abg. Everling, dessen Partei habe seit der letzten Verlängerung des Republik-Schutzgesetzes eine andere Richtung genommen. Wenn er eine Vorrichtung wüßte, die viele ungeschickte Freisprüche auf Grund des Republik-Schutzgesetzes unmöglich zu machen, würde er sie beantragen.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) begründet Anträge auf Streichung einzelner Paragraphen des Republik-Schutzgesetzes.

Abg. Dr. Everling (Nittl.) betont, das preussische Ministerium sei unglaublich empfindlich und kleinlich und gegen Kleinliche Schützen, wie gegen die wüsten Demuzianten müsse man den ehrlichen Staatsbürger schützen. Wie scharfe Worte brauche man in diesem Hause z. B. gegen Eugenberg? Wie könne man da drängen so empfindlich sein?

Abg. Dreuwis (Wirtschaftspartei) fordert namens seiner Partei eine Anweisung an die Staatsanwälte, nicht wegen jeder Kleinigkeit in der Ausübung ihres verarmten Verärgertes Ansehens zu erheben. Eine dreijährige Verlängerung dieses Gesetzes erscheine ihm eine zu lange Zeit. Ein Jahr genüge. Die Schlußparagrafen möge man bald befeitigen.

Abg. Pfleger (Wahr. Sp.) bemerkt, ein Staat, der sich nicht selbst schütze, gebe sich selbst auf. Seine Repräsentanten müßten einen höheren Schutz genießen in rechtlicher und in strafprozessualer Form. Er halte es für möglich, aus diesem Ausnahmegesetz ein Spezialgesetz zum Schutze des Staates unabhängig vom Strafrecht zu machen. Er stimme deshalb dem Antrage der Wirtschaftspartei bei, die Verlängerung auf ein Jahr zu begrenzen.

Rechtsreferentminister von Gnérad teilt noch die Beratungen und Freisprechungen des Jahres 1927 auf Grund der §§ 7 und 8 des Republik-Schutzgesetzes mit: 230 Verurteilungen und 54 Freisprechungen. Er habe darauf hingewiesen, daß Vorschriften, die diesen Bestimmungen entsprechen, bereits im Strafgesetzbuch enthalten gewesen seien. In der Tat sei ihre Aufnahme in das neue Strafrecht notwendig und also auch bis zu seinem Inkrafttreten die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes. Der Minister fuhr fort: Daß wir gegen das Demuziantentum sind, ist klar. Der Zweck des Gesetzes ist der Schutz der Republik, den zu wahren und zu hüten Aufgabe der Reichsregierung ist. Das umgeänderte Zustandkommen des Gesetzes scheint mir wichtiger als die Vornahme kleiner belangloser Änderungen. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Vorlage und bittet um unveränderte Annahme.

Die Abstimmung wird noch ausgesetzt.

Kabinettsitzung über Landwirtschaftsfragen und Arbeitslosenversicherung

In der Ministerbesprechung am Montag beschäftigte sich das Reichskabinett zunächst mit den landwirtschaftlichen Fragen. Staatssekretär Deukamp vom Reichsernährungsministerium wurde beauftragt, nach Stockholm zu fahren, um angesichts der Notlage der deutschen Landwirtschaft mit der schwedischen Regierung wegen Befreiung der Schiefersteuern zu verhandeln, die sich aus dem deutsch-schwedischen Handelsvertrage für eine Neuregelung der deutschen Agrarwirtschaft ergeben.

Weiterhin nahm das Kabinett zu der Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung. Es war der Meinung, daß mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Lage, die eine Spätmorningtagung des Reichstages erfordert, von einer zweimaligen Gesetzesvorlage über die Arbeitslosenversicherung innerhalb so kurzer Zeit abzusehen ist und die endgültige Reform in dieser Sommertagung zur Verabschiedung gelangen soll. Der vom Reichsarbeitsminister eingebrachte Anschlag soll bis Ende Juli seine Arbeiten beenden haben, so daß für die Spätmorningtagung der abschließende Gesetzentwurf vorliegen wird.

Ein neues Reichsvereinsgesetz

Der Reichsinnenminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vereinsgesetzes zugehen lassen, der den seit der Umwälzung etwas unklar gewordenen Rechtsboden auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes bereinigen soll. Das neue Reichsvereinsgesetz soll in der endgültigen Fassung neu verfaßt werden. Fünf Paragraphen fallen fort.

Im einzelnen ist aus der Begründung hervorzuheben, daß die Bestimmungen mit der Reichsverfassung in Einklang gebracht werden. So fällt die Angelegenheit für politische Versammlungen fort, das Verbot der Mitgliedschaft von Jugendlichen bei politischen Vereinen, die Vorschrift, daß jede öffentliche politische Versammlung einen Leiter haben muß, usw. Die Auflösung einer Versammlung durch die Polizei soll künftig nur dann zulässig sein, wenn dort Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine den öffentlichen Frieden gefährdende Aufforderung oder Anreizung zu Verbrechen und Vergehen enthalten.

Ein absolutes Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel soll die Polizei nur dann erlassen, wenn dies zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Ausbreitungen französischer Soldaten in Mainz

WTV. meldet aus Mainz: Ein Trupp französischer Soldaten hat Sonntag abend auf dem Halteplatz und in den anliegenden Straßen der Altstadt anscheinend in angetrunkenem Zustand Straßenpassanten belästigt und mit gezogenen Seitengewehren bedroht. In mehreren Fällen wurden Personen, die sich der Belästigung durch die Flucht entziehen wollten, sogar bis in die Häuser verfolgt, wo die Soldaten Türen und Wöbel mit den Seitengewehren beschädigten. Der 43jährige Arbeiter Georg Jantert, der einem der verfolgten Passanten zu Hilfe kam, wurde durch einen Schlag mit dem Seitengewehr am Hinterkopf schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Ein größeres Polizeiaufgebot konnte später vier Teilnehmer an den Ausschreitungen festnehmen und auf die Polizeiwache bringen, wo sie noch einiger Zeit von einer starken französischen Militärabteilung abgeholt wurden.

Angespannte Finanzlage Sachsens

Im Haushaltsausschuss gab der Finanzminister einen Überblick über die Kassen- und Finanzlage des sächsischen Staates. Die im Haushaltsplan für 1929 vorgesehenen Einnahmen beruhen hauptsächlich auf Schätzungen. Für das laufende Haushaltsjahr habe Sachsen mit einer Winder-nahme von rund 10 Millionen Reichsmark zu rechnen. Zu berücksichtigen sei ferner die demnächst kommende Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne und die unumgängliche Steigerung des Zinsfußes für verschiedene soziale Verpflichtungen. Bis Ende Juni seien übrigens beträchtliche Posten von Schatz-anweisungen einzulösen. Zu den etwa 36 Mill., die die Staatshauptkasse bis Ende Juni zur Verfügung zu stellen habe, würden noch Gehälter usw. hinzutreten, so daß es sich demnächst um einen Geldbetrag von rund 62 Mill. Reichsmark handle. Die Kassenlage sei äußerst angespannt. Sachsen habe gegen die Auffassung des Reichsfinanzministers, die Länder und Gemeinden hätten zurückzutreten, ersten Einspruch erhoben, zumal das Eigentumsrecht der Länder und Gemeinden am Steueraufkommen unbetritten sei. Für die Aufnahme von Schatzanweisungen seien zwar Vorbereitungen getroffen, die Lage am Geldmarkt sei aber sehr ungünstig und der Auslandsmarkt sei fast vollständig verschlossen. Die Finanzverwaltung werde kaum zu umgeben sein. Die Kreditrücklage der Staatsbank werde ebenfalls herangezogen. Infolge dieser Sachlage würde die Durchführung des Staatshaushaltsplanes zu leiden haben. Der Finanzminister hob ausdrücklich hervor, daß bei der Reichsregierung und beim Reichstag keinerlei Verhältnisse für die Bedürfnisse der Länder und Gemeinden zu finden sei. Es gebe kaum noch einen Weg, für Fehlbeträge im ordentlichen Haushaltsplan Mittel aufzubringen. Kulturelle, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen der Länder würden durch die Maßnahme des Reiches ernstlich gefährdet. Die Regierung werde demnächst dem Landtag Vorschläge zur Kürzung von Haushaltsposten unterbreiten.

Daladier über die Räumung des Rheinlandes

Die Pariser Zeitung „La République“ veröffentlicht einen Artikel des Vorsitzenden der Radikalen Partei, Abg. Daladier, in dem es heißt, die Einigung zwischen Macdonald und Hoover sei ein entscheidendes Argument zugunsten jener Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, für die die Radikale Partei stets eingetreten sei. Diese Politik lasse sich nicht bei einer Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung des Rheinlandes denken, zumal der Youngplan hierfür nach dem 1. September gar keine Kredite vorsehe. Nach Ansicht der Radikalen müsse die Räumung bis zu jenem Zeitpunkt durchgeführt sein, denn sonst werde die deutsch-französische Annäherung schwierig oder sogar unmöglich. Diese Räumung müsse auf die Initiative Frankreichs hin, nicht aber unter dem Druck der ehemaligen Alliierten Frankreichs erfolgen. Das Vorhandensein des im Vertrage von Locarno vorgesehenen ständigen Schlichtungsausschusses werde es zweifellos bei gegenseitig guten Willen erlauben, Streitfälle über die vorgelebene Justiz- und Ausgleichskommission zu regeln. Dieses Problem werde übrigens durch das der Einführung einer internationalen Militärkontrolle, beherzigt, ein Problem, um das sich Frankreich ernstlich und entschlossen bemühen müsse.

Frau Hoover hat eine Negerin eingeladen

Die Tatsache, daß die Frau des Präsidenten Hoover die Frau eines Negerpublizisten in das Weiße Haus zum Tee eingeladen hat, hat im ganzen Süden der Vereinigten Staaten lebhafteste Proteste hervorgerufen, die in Entschuldigungen der geschiedenen Adressierten von Texas und Florida zum Ausdruck kommen. Die Bewegung hat jetzt auch auf Washington übergegriffen und Senator Haeck (Demokrat) hat eine Entschuldigungsanfrage eingebracht, in der die Präsidentin aufgefordert wird, daran zu denken, daß ihr „zeitweiliger Aufenthalt im Weißen Haus“ auch den südlichen Staaten zu ver-danken sei.

Kurze Nachrichten

Der Brief des Reichskanzlers an die Sachverständigen. Zu dem in den Blättern behandelten Thema von einem Brief des Reichskanzlers an die Sachverständigen in Paris ist zu sagen, daß ein dauernder Meinungsaustrausch zwischen der Regierung und den Sachverständigen stattgefunden hat, daß aber in keinem Stadium dieses Meinungsaustrausches Anweisungen an die Sachverständigen gegeben worden sind, die in dieser oder jener Frage einen Einfluß auf ihre Entscheidungen gehabt hätte, oder sie hätte bewegen sollen, diese oder jene Frage im Sinne der Regierung zu lösen. Das ist auch seitens der Sachverständigen selbst erklärt und dankbar anerkannt worden in einem Schreiben, das fünf Tage vor Schluß der Konferenz abgegeben worden ist. In den letzten fünf Tagen hat sich bekanntlich Entscheidendes nicht ereignet.

Eine Reichsbahnleihe. Wie das „Berl. Tgl.“ meldet, ist die Leitung der Reichsbahn bemüht, eine langfristige und mit erträglichen Zinsen ausgerichtete Anleihe abzuschließen, jedoch hat sich noch kein befriedigendes Angebot gefunden. Alle Vorschläge erweisen sich bei näherer Prüfung als zu teuer und insbesondere ist auch noch kein Angebot einer wirklich langfristigen Anleihe erfolgt. Der Geldbedarf der Reichsbahn wird auf 400 Millionen Reichsmark geschätzt, jedoch dürfte sie sich zunächst auf eine Anleihe von 250 Millionen im Höchst-falle beschränken.

Die Reise des Reichsaussenministers. Dr. Stresemann ist am Montag nach Barcelona gereist. Er wird am Mittwochvormittag in Paris eintreffen und am Mittwochnachmittag mit dem Nordexpress nach Berlin fahren, wo er Donnerstagvormittag eintreffen wird. Die Beratung des Staats des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten wird am Samstag beginnen. Der Konferenzort der politischen Konferenz liegt noch nicht fest.

Rückberufung Trotski in England? Dasas zufolge, melden die Blätter, Trotski habe von Macdonald die Ermächtigung erhalten, in England Aufenthalt zu nehmen. — Trotski erklärte in einem Interview, er sei von seinem Aufenthalt in der Türkei befriedigt, er wolle sich aber nach England begeben, um die nötige ärztliche Behandlung zu finden. Die Beendigung seiner Biographie und verschiedene historische Arbeiten erforderten gleichfalls seine Anwesenheit in England.

Reise König Fuads. König Fuad verließ Montag mittag Berlin, um sich zunächst nach Hamburg zu begeben.

Japan bietet Mitarbeit an der Seebärungs-Konferenz an. Der japanische Premierminister teilte dem Neuter-Korrespondenten mit, er sei bereit, den Vereinigten Staaten und England seine Mitarbeit bei der Seebärungs-Konferenz anzubieten. Diese Mitarbeit entspräche dem Wunsch, alles zu tun, was im Interesse des Weltfriedens läge.

Internationaler Filmkongress. In München wurde ein internationaler katholischer Filmkongress eröffnet, auf dem 15 Nationen vertreten sind.

Der Weltfrauenbund tagt. In Berlin trat der Weltfrauenbund zu einem Kongress zusammen.

Badischer Teil

Zum Tode von Professor Heinsheimer

Der Rektor der Heidelberger Universität, Prof. Dr. Karl Heinsheimer, der plötzlich einem Herzschlag erlegen ist, hätte am 20. Oktober d. J. sein 60. Lebensjahr vollenden können, und gerade in diesen Tagen waren die deutschen Juristen damit beschäftigt, aus diesem Anlaß eine besondere Ehrung Karl Heinsheimers vorzubereiten.

Heinsheimer wurde in Mannheim geboren, studierte in Lausanne, Straßburg, Berlin, Leipzig und Freiburg und wandte sich nach bestandenen Staatsklausuren der Richterlaufbahn zu. Er war zunächst in Mosbach als Richter tätig, kam 1899 nach Heidelberg, habilitierte sich 1903 für das Fach der Zivilistik, 1907 wurde er unter Überspringung des Extra-Ordinariats Nachfolger von Prof. Wuhl. Heinsheimer dürfte einer der bedeutendsten Zivilrechtler seiner Zeit gewesen sein. Er verband eine große theoretische Schulung mit außerordentlich umfangreichen praktischen Kenntnissen. Er war ein guter Kenner außerdeutscher Zivilrechte, insbesondere im französischen Code civil war er besonders bewandert. Er hat die erste deutsche Ausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches für Brasilien geschaffen und sich zu diesem Zweck eigens die Kenntnis der spanischen Sprache angeeignet. An der Universität Heidelberg, der er über 25 Jahre angehörte, gründete er das Institut für Auslandsrecht. In Erinnerung ist noch die außerordentlich bedeutungsvolle Rede, die er am 22. November v. J. als Rektor der Universität Heidelberg über das Thema „Lebendiges Recht“ gehalten hat.

Das Badische Staatsministerium hat an Direktor Prof. Dr. Dibelius in Heidelberg folgendes Beileidetelegramm abgesandt:

„Die badische Staatsregierung betrauert aufrichtig das unerwartete Ableben seiner Magnifizenz, des Rektors Herrn Prof. Dr. Heinsheimer und spricht dem Senat und der Universität herzliche Teilnahme aus. Das Andenken an den ausgezeichneten badischen Juristen, den hervorragenden Rechtslehrer und Forscher wird ihr allezeit teuer sein.“

Dr. Schmitt,
Staatspräsident.

In einem weiteren Telegramm an Frau Geheimrat Prof. Heinsheimer hat der Staatspräsident namens der badischen Staatsregierung herzliche Anteilnahme ausgesprochen und auf die hervorragenden Verdienste des Verstorbenen um die Universität Heidelberg, sein ausgezeichnetes Wirken als akademischer Lehrer und Vertreter der Wissenschaft hingewiesen, die ihm den Dank des Landes Baden sichern.

Der Ruf nach Sparsamkeit und Reformen

Im Anschluß an einen von den Karlsruher Demokraten gehaltenen Vortrag über die Neuregelung des Reparationsproblems, machte Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas Ausführungen über die im Anschluß an das Pariser Ergebnis gebotenen Notwendigkeiten auf innerpolitischem Gebiet. Er verlangt zunächst mit aller Entschiedenheit, daß die gegenüber dem Dawesplan erzielten Ermäßigungen auch wirklich zu Erparnissen im Staatshaushalt verwendet werden. Ein „System der brutalsten Sparsamkeit“ ist nötig, weil der Staatshaushalt im jetzigen Umfang auf die Dauer nicht getragen werden kann. Ebenso sind die Steuern in ihrer jetzigen Höhe einfach untragbar. Sie richten in erster Linie die kleinen Erzeugnisse zugrunde. Mit der Zeit sind die in Paris erzielten Differenzbeträge zu Steuerentlastungen zu verwenden. Die katastrophale Kassenleere ist zum Teil verschuldet, weil auf manchen Gebieten leichtsinnig und verschwenderisch gewirtschaftet worden ist. Diesbezügliche Vorwürfe an die Abgeordneten gehen aber zum größten Teil fehl, denn in erster Linie muß endlich auch unsere Ministerbürokratie sparen lernen. Zum andern ist die trotzlose Kassenlage verschuldet worden durch das System der Arbeitslosenversicherung. Hier müssen wir den Mut haben, eine prinzipielle Änderung vorzunehmen. Wir wollen, daß der wirkliche Arbeiter Unterstützung bekommt. Wogegen wir uns aber vor allem wenden ist, daß der Saisonarbeiter so behandelt wird, wie andere. Es geht nicht an, die berufsmäßige Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Die größten Fälle von Mißbrauch kommen in ländlichen Gebieten vor, und genaue Kenner des Sparlaffens wußten, daß erhebliche Sparbeträge aus der Arbeitslosenversicherung stammen. Dr. Haas sieht voraus, daß es bei der Neugestaltung große Kämpfe in der Koalition geben wird.

Aus der badischen Landwirtschaft

Erfolge der badischen Milchwirtschaft

Die Sammelausstellung des Badischen Molkereiverbandes, Karlsruhe, auf der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaftsausstellung München umfaßte 29 Butter- und 6 Käseproben, die sämtliche zum Preiswettbewerb angemeldet waren. Trotz schärfster Konkurrenz unter über 1000 eingesandten Proben des ganzen Deutschen Reiches und verschärften Nichtbedingungen hat die badische Butter guten Erfolg zu verzeichnen. Es wurden erzielt für Butter ein 1. Preis und vier 2. Preise. An dem Preiswettbewerb für Milch beteiligten sich nur drei landwirtschaftliche Genossenschaftszentralen. Diese erzielten einen 1. Preis und einen 2. Preis. Die Erfolge der badischen Milchwirtschaft sind der beste Beweis für ihre Aufwärtsentwicklung und der intensiven Arbeit, die geleistet wird.

Unter den Preisträgern, die bei der Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in München ausgezeichnet wurden, befindet sich die Milchzentrale Karlsruhe, G. m. b. H. Es wurde ihr für ausgestellte Butter ein 1. Preis mit der höchsten zu erreichenden Punktzahl zugesprochen.

Tagungen

Verbandsstagung der südwestdeutschen kaufmännischen Vereine
Zu dem Verbandstag der kaufmännischen Vereine von Baden, Württemberg und der Pfalz, der in Neustadt a. d. G. stattfand, hatten sich etwa 80 Delegierte eingefunden. Der Vorsitzende, Direktor Supp, Stuttgart, sprach über die Arbeiten des Verbandes. Diese bestehen in der Hauptsache in der Stellungnahme zur Wirtschaft, zur Sozialpolitik und zu Kulturfragen. Im gesamten Wirtschaftsleben habe sich der Produktionsprozeß sehr verteuert, die Rohprodukte seien um Vielfache beschnitten, ihr Bezug erschwert. Soziale Lasten gefährden den Wettbewerb auf dem Weltmarkt.
Der 27. Verbandstag der badischen Arbeiterbildungsvereine
fand in Überlingen statt. Er war von über 100 Teilnehmern aus ganz Baden besucht. Der Verband umfaßt 49 Vereine mit 925 Mitgliedern. In diesen Vereinen wurden aus den Krankenkassen 8300 M., den Sterbekassen 6600 M. ausbezahlt. Bibliotheken sind in allen Vereinen vorhanden mit zusammen 27 200 Bänden. Für die in 23 Vereinen bestehenden Gesangsabteilungen mit zusammen 1050 Sängern wurden über 12 000 M. aufgewendet. In 53 Vereinen wurden im letzten Jahr 98 Vorträge gehalten. Abgelehnt wurde der Antrag, das Verbandsblatt nur alle 2 Monate erscheinen zu lassen. Das Verbandsbewertungsingen findet 1930 in Säckingen statt. Damit verbunden wird ausnahmsweise der Verbandstag nur in Form einer Ausschusssitzung.

Aus der Landeshauptstadt

Neuorganisation für Kriegsbeschädigte. Nach einer behördlichen Mitteilung hat der Deutsche Eisenbahnverkehrsverband hinsichtlich der Bahnbeförderung von Kriegsbeschädigten neue Vorschriften zur Reisevergünstigung für Kriegsbeschädigte erlassen. Die Neuorganisation besagt, daß zur Benutzung des reservierten Abteils nur solche Schwerkriegerbeschädigte zugelassen werden, die eine Bescheinigung der Eisenbahnverwaltung über freie Beförderung eines Begleiters besitzen. Ferner Schwerkriegerbeschädigte und Schwerbeschädigte mit rotem Ausweis für eine bevorzugte Abfertigung vor amtlichen Stellen, sowie Minderkriegerbeschädigte und Minderbeschädigte, die einen rotumrandeten Ausweis besitzen. Die rotumrandeten Ausweise wurden jetzt neu eingeführt und machen die bisherigen Ausweise mit dem Aufdruck „Zur Benutzung des Kriegsbeschädigtenabteils“ mit Ablauf des Jahres 1929 illusorisch. Bis Ende des Jahres 1929 haben daher alle Inhaber der alten rotumrandeten Ausweise sich neue Ausweise zu beschaffen. Diese können von den zur Ausstellung berechtigten Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen bezogen werden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom 18. Juni, 8 Uhr vormittags. Der Kern des europäischen Hochdruckgebietes liegt über Norddeutschland. Seine langsame Weiterbewegung in nordöstlicher Richtung stellt für einige Zeit Fortdauer der sommerlichen Schönwetterperiode in Aussicht, die höchstens von vereinzelt lokalen Gewittern unterbrochen werden dürfte. Wetterausblick: Fortdauer des heiteren und trockenen Sommerwetters, vereinzelt lokale Gewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 17. Juni. Am Montag ist im Alter von 75 Jahren die Aufsichtsratsvorsitzende der Nähmaschinenfabrik Pfaff, A. G., Fräulein Kommerzienrat Lina Pfaff gestorben. Sie war die Tochter des Gründers des Unternehmens. Zu ihrem 70. Geburtstag wurde sie mit der Ehrenbürgererschaft der Stadt Kaiserlautern beehrt. Fräulein Lina Pfaff dürfte wohl der einzige weibliche Kommerzienrat in Deutschland gewesen sein.

Karlsruhe, 18. Juni. Der Bezirksverband gegen den Alkoholismus E. L. Karlsruhe, und der Bezirksfürsorgeverband Karlsruhe-Land veranstalteten hier einen Lehrgang über die gärungslose Fruchterwertung in der Gasberatungsstelle Karlsruhe, der drei Tage dauerte. Etwa 70 Personen besuchten täglich den Lehrgang. Als Abschlußabend fand eine größere öffentliche Versammlung statt. Die Filmvorführung über flüssiges Obst nebst unterhaltendem Programm gab dem Abend eine besondere Anziehungskraft. Durch die vielen praktischen Anreize, die in uneigennütziger Weise seit Jahren von der Frauengruppe des Bezirksverbandes gegen den Alkoholismus abgehalten wurden, hat die gärungslose Fruchterwertung in zahlreichen Familien Eingang gefunden. Schon seit Jahren haben sich hier einige Betriebe geöffnet, um den Süßmost für die Bevölkerung herzustellen. Damit nun die unverborgenen Fruchtgärten auch den Wirtschaften zugeführt werden können, hat sich ein Großunternehmen bereit erklärt, den Betrieb der gärungslosen Fruchterzeugung ein gros herzustellen. Auf diese Weise hoffen wir, die Idee der gärungslosen Fruchterwertung einen großen Schritt vorwärts gebracht zu haben.

Dr. Karlsruhe, 18. Juni. Von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe ist das gegen Max Hölz wegen Gotteslästerung eröffnete Verfahren eingestellt worden, da sich aus der Gesamtheit der Ausführungen von Hölz in der Kommunistenversammlung eine Verächtlichkeit gegen Gott ohne weiteres nicht ergebe.

Dr. Lörrach, 18. Juni. In der Nacht auf Sonntag kam der 82-jährige Lokomotivführer Baumgartner der Badischen Bahn beim Überqueren der Lokomotive im Bundesbahnhof Lörrach mit der Hochspannungsleitung in Berührung und wurde sofort getötet.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	18. Juni		17. Juni	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.14	168.52	168.19	168.53
Kopenhagen 100 Kr.	111.13	111.84	111.58	111.80
Italien . . . 100 L.	21.915	21.955	21.915	21.955
London . . . 1 Pf.	20.30	20.34	20.328	20.348
New York . . . 1 D.	4.188	4.196	4.190	4.198
Paris . . . 100 Fr.	16.39	16.43	16.375	16.415
Schweden . . . 100 Kr.	80.525	80.685	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.84	58.96	58.845	58.965
Prag . . . 100 Kr.	12.396	12.415	12.398	12.460

Badische Beamtenbank, e. G. m. b. H., Karlsruhe

Die Badische Beamtenbank hielt am 16. Juni ihre 7. ordentliche Hauptversammlung ab. Die erwähnten 145 Vertreter waren vollzählig erschienen. — Nach der vorgelegten Bilanz brachte das Geschäftsjahr 1928 eine weitere Entwicklung der Bank. Die Mitgliederzahl stieg um rund 5600 auf 55 312. Die Gesamtbilanzsumme erhöhte sich um ein Drittel, von 28,8 auf 38,1 Millionen, während der Gesamtumsatz rund 1,75 Milliarden erreichte; dabei ist zu bemerken, daß nur Geld aus Mitgliederbeiträgen umgefördert wurde.

Nach dem vom Vorstandsmittglied Postinspektor Mayer vorgetragenen Geschäftsbericht war die Geschäftsleitung erfolgreich bemüht, den Mitgliedern auf allen Gebieten laufende Vorteile zuwenden und namentlich die sozialen Einrichtungen durch Hinzufügung neuer Zweige immer mehr auszubauen. Das wurde von der Versammlung gerne anerkannt. Der Bericht des Aufsichtsrates, den Studienrat Schütz vortrug, gab u. a. beifällig angenommene Ausführungen über die Zinspolitik im Rahmen der Volkswirtschaft und die daraus der Beamtenbank erwachsenden Aufgaben. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt und den Organen der Bank Dank und erneutes Vertrauen ausgesprochen. — Neben den üblichen Rücklagen konnten aus dem nach reichlichen Abschreibungen verbliebenen Reingewinn von 150 000 M. (gegen 147 000 M. im Vorjahr) die Geschäftsanteile mit 8 Proz. am Gewinn beteiligt werden. Außerdem erhielt der Angestelltenpensionsfonds eine weitere Zuwendung von 5000 M., und auf neue Rechnung verblieb ein Rest von 14 000 M. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Reichsbahnoberrat Fräulein und Reichsbahnoberratinspektor Fink, wurden wiedergewählt. Die Aufsichtsratsmitglieder Ministerialoberrechnungsrat Eisele und Justizrat Dr. Huber haben aus Gesundheitsrücksichten auf Wiederwahl bzw. längeres Verbleiben im Aufsichtsrat verzichtet müssen. In ihrer Stelle wurden Finanzrat Dürr und Oberlandesgerichtsrat a. D. Stritt neu gewählt. Die Zusammenfassung des Vorstandes bleibt unverändert, da Hauptlehrer Graf, dessen Amtszeit abgelaufen war, unter lebhafter Zustimmung der Vertreter wiedergewählt wurde. Die Abwägung der übrigen Punkte der Tagesordnung brachte eine Fülle von bemerkenswerten Anregungen.

Die Motorenwerke Mannheim A.-G. vom. Benz, Abt. Stationärer Motorenbau Mannheim, genehmigte in der Generalversammlung die Bilanz und die übrigen Regularien. Der erzielte Gewinn von 59 061 M. wird dazu verwendet, den Verlustvortrag des Vorjahres von 955 633 M. zu reduzieren. Die Geschäftslage wurde als allgemein günstig bezeichnet. Es konnte eine Reduzierung der allgemeinen Betriebskosten erreicht werden. Der Auftragsbestand für das neue Geschäftsjahr dürfte sich nahezu verdoppelt haben. Insbesondere ist die Gewinnung neuer ausländischer Märkte gelungen. Das Gesamtkapital der Gesellschaft beträgt 5,4 Mill. Reichsmark.

Gemeinderundschau

Jugendpflege in den Stadtgemeinden

Eine systematische und zielbewusste Jugendpflege ist in den Stadtgemeinden ebenso notwendig wie in den Großstädten. Sie muß dort nur in vieler Hinsicht wesentlich anders geartet sein als in den Städten. Von besonderer Bedeutung ist die ländliche Jugendpflege für die Bekämpfung der Landflucht. Ihr Ziel ist im Grunde genommen aber das gleiche wie in den Städten, nämlich die körperliche, die geistige und die sittliche Erziehung der Jugend. Doch wird man bei der Landjugend vielfach diesen drei Zielen eine andere verteilte Aufmerksamkeit zuwenden müssen als dort, wo es sich um die Jugend in Großstädten oder Industriegemeinden handelt.

Die Landjugend übt ihre berufliche Tätigkeit in frischer Luft aus, und darum wird bei ihr die körperliche Erziehung vielfach auch ohne Mithilfe der Jugendpflege-Organisationen vorhanden sein. Aber die Berufsarbeit ist auch auf dem Lande bisweilen einseitig und bedarf eines Ausgleichs durch Turnen, Sport, Schwimmen und Wandern. Darum ist es richtig, daß auch in den Stadtgemeinden überall Spiel-, Turn- und Sportplätze geschaffen werden.

Jugendheime sind für die Landjugend in ganz besonderem Maße notwendig. Allerdings ist ihre Errichtung auf dem Lande vielfach recht schwierig, weil die Gemeinden nicht in der Lage sind, die erforderlichen Mittel aus eigener Kraft aufzubringen. Kreise, Provinzen, Länder und Reich sollten deshalb mithelfen, damit überall ländliche Jugendheime geschaffen werden können. Heute fehlt es leider noch vielfach an geeigneten Räumen für Lesesäle, Vorträge, Unterhaltungsabende usw. der ländlichen Jugend und der Jugendvereinigungen.

Die Fridolinsschule in Lörrach. Der Streit um den Namen der neuen Schule im Lörracher Stadtteil Eitelen ist nunmehr vom Stadtrat zugunsten des zuerst gewählten Namens Fridolinsschule zum dritten Male entschieden worden. Damit steht der Name nun endgültig fest, doch scheint der Streit zwischen den Parteien noch nicht endgültig begraben zu sein.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Genehmigungspflicht für Demonstrationen
Die mit Bekanntmachung vom 11. Mai 1929 vorgeordnete allgemeine Genehmigungspflicht für Demonstrationen ist hiermit aufgehoben.
Karlsruhe, den 18. Juni 1929.
Der Minister des Innern:
K e m m e l e.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Berufen:
Oberreviseur Karl Gieser in Weiten zum Bezirksamt Donaueschingen.

Planmäßig angestellt:
Bürohilfe Johann Schent beim Ministerium des Innern als Verwaltungsassistent.

In den Ruhestand versetzt:
Rechnungsrat Friedrich Festing in Freiburg auf Ansuchen Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Professor Paul Mayer an der Humboldtschule in Karlsruhe zum Direktor an der Oberrealschule und Mädchenschule in Lörrach.

Kraft Gesetzes treten in den dauernden Ruhestand:
Rektor Philipp Gaffert in Mannheim, Landratsamtsleiterin Aloise Matheis am Fortbildungsschullehrerinnenseminar in Karlsruhe.

Entlassen auf Ansuchen:
Der außerordentliche Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht Dr. Wolfgang Kunkel an der Universität Freiburg.

Fischereien

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. Juni 1929 im Land- und Wasser mit:

Amtsbezirk: Rauls- und Klauenfische: Gemeinden

Überlingen
Bermatingen, Homberg.

Amtsbezirk: Schweinefleisch und Schweinepekt: Gemeinden:

Heidelberg
Karlsruhe
Mannheim
Heidelberg-Wieblingen
Forchheim

Mannheim-Heubenheim, Mannheim-Sandhofen, Altkirchheim, Godesheim, Ladenburg, Plankstadt, Schöckingen, Seckenheim.

Mehlfisch
Stetten a. I. N.

Forzheim
Forzheim

Einsheim
Einsheim, Eichelbrunn, Napenau, Waldstahl

Etaufen
Kirchhofen

Lauterbachsheim
Großkirchfeld

Weinheim
Weinheim, Hohenbachsen und Neutertshausen

Amtsbezirk: Räude der Einhufer: Gemeinden:

Neustadt
Wellendingen

Forzheim
Königsbad

Badisches Statistisches Landesamt.

Badische Landesbibliothek

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Badeseinwohner kostenlos benutzt werden. Der Versand erfolgt postfrei. Die Rücksendung trägt der Entleiher. Die Landesbibliothek umfasst die wichtigeren Zweige der Wissenschaften, schließt aber engere Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Entsendung solcher Schriften ist willkommen.

Zugangsauswahl

1928, September—Dezember.
1929, Januar—März.

III.

Staats- und Rechtskunde.

A. Bard, Aufgaben der weibl. Polizei in Deutschland. N. Bauer, Mangelberg, Die wirtschaftl. Technik der Ehe. E. Belling, Dt. Reichsstrafprozessrecht. M. Bierbaum, Das Konfordat. M. J. Bonn, Kritik der europäischen Demokratie. F. van Calker, Wesen und Sinn der politischen Parteien. V. Croce, Grundlagen der Politik. G. Dannenbauer, Entstehung des Territoriums der Reichsstadt Nürnberg. F. Darmstadt, Das Wirtschaftsrecht. A. Dreger, Berufswahl im Staatsdienst. 12. Aufl. Hg. von E. Zimmermann. A. Eichhorn, Das Wesen des Staats und der deutsche Staat. A. Elze, Verfassungsautonomie der dt. Länder. A. Elster, Urheber- und Erfinder-Rechtsverhältnisse und Wettbewerbsrecht. 2. Aufl. Erbenrecht, Konfordat und deutsche Schule. F. Fleiner, Institutionen des dt. Verwaltungsrechts. 8. Aufl. Frauen unter deutschem Recht. Hg. Camilla Zellner. Das amerikanische Freigabegesetz. Kommentar von G. Janssen. J. Goldschmidt, Zivilprozessrecht. Ludwig Fulda, Reform des Urheberrechts. Max Gagenburg, Lebenserinnerungen. 1927. A. Gagen, Staat und katholische Kirche in Württemberg. 1848—82. I. Handbuch des ges. Handelsrechts. Hg. von Ehrenberg. III. 3. G. E. Feine, Die G. m. b. H.; VII. 1. B. Schmidt-Rimpler, Der Handlungsagent. — E. Heymann, Der Handelsmakler. 2. Aufl. Schmidt-Rimpler, Das Kommissionsgeschäft. E. Heifron, Grundriß des Handelsrechts. 3. Aufl. A. Hildebrandt, Staat und Rasse. D. Hume, Von der Freiheit der Presse, des Parlaments, von Parteien, von Grundfragen der Regierung, Absolutismus und Freiheit. Politik. A. Jesfen, Vergleichende Darstellung der geltenden Länderverfassungsgesetze. G. Jéze, Theorie des Budgetrechts. D. Ausgabe von F. Neumark. G. Klinghoff, Das parlamentarische Regierungssystem. A. Köttgen, Erwerbswirtschaftl. Betätigung der öffentlichen Hand und das öffentliche Recht. B. Künzig, Der Verlagsvertrag des Filmrechts. A. Leberle, Die Donau und das internationale Schiffsrecht. E. Mannlicher, Die österreich. Verfassung und Verwaltung. A. Mah, Selbstverwaltung in Deutschland, bes. Preußen. A. Meißner, Das Konfordatsproblem der Gegenwart. Hg. Müller, Das neue Rechtsbuch der kathol. Kirche. G. v. Mutius, Die drei Reiche. 2. Aufl. J. Neuberger, Verfassung der russ. sozialist. Mäterepublik. Oppenheim, International law. I. Peace. 4. ed. by Mc. Nair. II. War and neutrality. 3. ed. Patentgesetz und Gebrauchsmusterschutzgesetz. Kommentar, hg. von E. Piebker. W. Petters, Strafrecht und Strafprozess. I. 2. u. 3. Aufl. A. Pfandl, Der Finanz-

ausgleich in Österreich. A. Kemmle, Vorschläge für die Reichs- und Länderreform. R. Schib, Grundlagen der Politik. R. v. Kottwitz, Eugen Schiffer, Die deutsche Justiz. Grundzüge e. Reform. 1928. Karl Schmitt, Volkentum und Volksbegehren. G. Schulz und O. R. Hartmann, Das Angestelltenversicherungsgesetz. W. Schäfer, Bismarck und der Parlamentarismus. O. G. Schwarz, Reichsverwaltungsrecht. F. Siefert, Der Grundbuchrechtsbeamte. G. Stresemann, Neue Wege zur Völkerrechtsbildung. E. Umhauer, Die Fürsorgeerziehung. A. Wertheimer, Entwicklungstendenzen im deutschen Privatrecht. 1928. Th. Wilhelm, Die englische Verfassung und der vorwärtliche deutsche Liberalismus. A. Wilhelm, Arbeitslosenfürsorge. L. Wittmayer, Demokratie und Parlamentarismus. Erik Wolf, Strafrechtliche Schullehre.

Volkswirtschaft. Soziologie. Sozialpolitik.

G. v. Below, Entstehung der Soziologie. Th. Brauer, Der moderne bische Sozialismus; Konjunktionsgesellschaftsbewegung. A. Bräuer, Finanzsteuern, Zwecksteuern. E. Dieß, Das religiöse Problem des Marxismus. R. Dürr, Führer durch die Sozialversicherung. Ch. A. Ellwood, Das soziale Leben der menschl. Gesellschaft. Einzel-schriften zur Statistik. V. Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927. Franz Gullenburg, Außenhandel und Außenhandelspolitik. R. Glaskämper, Theorie der Indezahlen. W. Gehlhoff, Die allgemeine Preisbewegung 1890—1913. Elisabeth Gnaur-Kühne, Das soziale Gemeinwesen im D. Reich. 5. Aufl. A. Goldscheid, Steuerwesen und Interessenpolitik. Margret Güter, Methodologie der Wirtschaftswissenschaft bei Hofler und Knieß. G. Jecht, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie. Kapitalbildung und Verteuerung. W. Jensch, Gutachten. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 174 V.) O. Kling, R. Kiefmanns Gesetz des Ausgleichs der Grenzgerichte. Für oder gegen Kolonien. Diskussion in Aufsätzen. Schlusswort von R. Koberbach. O. Kühne, Die mathemat. Schule in der Nationalökonomie. I. Helena Lange, Kampfszeiten, Aufsätze und Reden. G. Leub, Volkswirtschaft und Wirtschaft. A. Riefmann, Kartelle, Konzerne und Trusts. 7. Aufl. B. W. Lindberg u. W. Evans, Die Revolution der modernen Jugend. Fr. J. List, Aufsätze und Abhandlungen 1831—1844. Hg. von Salin. W. Maßberg, Reparationsabotage durch die Weltwirtschaft. Conf. Müller, Wie nimmt der Generalagent für deutsche Reparationszahlungen zu den Tatsachen des Finanz-ausgleichs Stellung? 1928. Die soziale Not der weiblichen Angestellten. (Von Marianne Weber und Maria Hellersberg.) W. D. Preher, Die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsverhältnisses. A. Regula, Die Allmendeburgen der Pfalz. E. Salin, Gesch. der Volkswirtschaftslehre. 2. Aufl.; Staatliche Kreditpolitik. A. Schiffer, Bedeutung der industri. Nationalisierungsbestrebungen. E. Schneider, Das bische Landvolk im Lichte der Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Schriften für Sozialpolitik. 173. Beiträge zur Wirtschaftstheorie. II. Konjunkturforschung und Konjunkturtheorie. Gutachten von E. Altschul u. v. B. J. von Schöwe, Die finnische Gemeinheitsbildung im 18. Jahrh. 1928. Bruno Schulz, Entwicklungsgang der theoret. Volkswirtschaftslehre. Die deutsche Sozialpolitik. Materialsammlung. Deutsche Sozialpolitik 1918—28. Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministers. 1929. W. Stählin, Schicksal und Sinn der dt. Jugend. G. Straß, Das Konzentrationproblem der deutschen Presse. W. Strauß, Konzentrationbewegung im deutschen Bankgewerbe. E. S. u. d. e. Be-

seitigung der Kolonialmacht. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Zürich 1928. Wandlungen des Kapitalismus. Auslandsanleihen. Kredit und Konjunktur. Vertiefung der Jugendhilfe. Hg. von Becking. W. Bernert, Giftfrage des Handwerks. W. Wolff, Der Achtstundentag.

Heilkunde. Sport. Naturwissenschaften. Mathematik.

A. Beck u. F. Goldmann, Körperarbeit und Ohr. Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit, von Goldmann u. v. A. Wettsch und F. Eberlin. Acht Stüttenstage. Sk. Lehrbuch. J. Blumberg, Lehrbuch der topograph. Anatomie. R. Diepgen, Geschichte der Medizin. S. Freud, Über Psychoanalyse. 3. Aufl. 1916. Grundlagen und Ziele der Medizin der Gegenwart. 5 Vorträge von Th. Bruggh, C. Elze, L. R. Grote, E. Viet, W. Mayer-Grob, E. Gaeßl, Die Bayerländische Gesellschaft der Ärzte und Naturforscher Schwabens. L. von Krehl, Antike Schwimmkunst. Die olympischen Spiele in Amsterdam 1928. — W. Davin, Hauptfragen der heutigen Naturphilosophie. W. Bölsche, Von Sonne und Sonnenstäubchen. 1906. R. Fladt, Euclid. Heintoch, Die Vögel Mitteleuropas. III. E. Gebner, Die Dauer der Schneedecke in Deutschland. W. Gies, Die natürliche Ungleichheit der Menschen. E. Hoppe, Otto v. Guericke. J. Hempelmann, Der Frosch. 1908. G. Junge, Einführung in Wesen und Wert der Mathematik. R. Kirchberger, Entwicklung der Atomtheorie. 2. Aufl. L. Klein, Gartenblumen. I. Frühjahrsblumen. II. Winterharte Stauden. F. Klemm, Apollonius. F. Klemm und G. Wolff, Archimedes. A. Krause, Astrologie. Kriegsschauplätze 1914—1918, geologisch. 9—10. Scupin, Ostbaltikum. W. Mæterlinck, Das Leben der Biene. 2. Aufl. 1903. J. Meisenheimer, Entwicklungsgeschichte der Tiere. G. Merkel, Die geodät. Arbeiten Christian Meyers in der Kurpfalz. A. Rippoldt, Magnetkräfte über dem Meere. Fr. Oltmanns, Pflanzenleben des Schwarzwalds. 8. Aufl. 1927. J. Ruffa, Aufgaben eines Forschungsinstituts für Gesch. der Naturwissenschaften. E. Scheffelt, Die Vogelwelt unserer Heimat. M. Scheler, Die Stellung des Menschen im Kosmos. Martin Schmidt, Lebenswelt unserer Trias. J. Thienemann, Moßitten. (Wobacht-Station für Vogelflug.) E. Ungerer, Die Regulationen der Pflanzen. 2. Aufl. G. de Vries, Die Dimensionen. Die verschied. Geometrien. Wellstall und Menschheit. Natur und Naturkräfte. Hg. von Kraemer. 1902—04. A. Wenzel, Galilei. L. v. Wetzels, Geolog. Van Elsh-Bohringens und Badens. Str. 1913. E. Werth, Der fossile Mensch. 1928; Klima- und Vegetationsgliederung in Deutschland.

Geschichte.

Am Bestuhl der Zeit. Erinnerungsgabe Hans Delbrück dargebr. Aus Politik und Geschichte. Gedächtnisschrift für G. v. Below. 1928. Aus Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gedächtnisschrift für Georg von Below. W. Brambach, Römische Währungs-geschichte. Hans Delbrück, Weltgeschichte. V. Neuzett 1852/1888. S. Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes. VIII. 3A. der ersten Emanzipation (1789—1815). IX. 3A. der ersten Reaktion und der zweiten Emanz. (1815—1881). W. Grammann, Einfluß Alberts des Großen auf das mittelalterliche Geistesleben. A. Henking, Johannes von Müller 1752 bis 1809. 1909 u. 1928.

Nachdruck erwünscht.

Billige Sommerstoffe

Seide u. Kunstseide

Kunstseide nur gute Muster	1.—, 1,25, 1,45 RM.
Rohseide, 80 cm breit, naturfarbig	1,75 RM.
Pulloverstoffe	0,90, 1,25 RM.
Kunstseide Crepe de Chine, bedruckt	2,50 RM.
Foulard, reine Seide	3,80 RM.
Shantung, bedruckt, 80 cm breit	5,— RM.
Crepe de Chine, einfarbig	5,90 RM.
Crepe de Chine, reine Seide, bedruckt	7,50, 8,50 RM.

Waschstoffe

Zefir, indanthren, einfarbig und gestreift	0,45, 0,43 RM.
Indanthren Druck, 80 cm breit	0,60, 0,80 RM.
Beiderwand, Baumwolle, gestreift und Bord	0,90 RM.
Natté, weiß, für Sportkleidung v. Glanzstoff, Kunstseide, Baumwolle, buntgestr.	1,25 bis 1,65 RM.
Voile, bedr. und Bord. v. Indanthren-Waschebatist, schöne Ware	1,25 RM.
Wabenstoff, 95 cm ind.	2,50 RM.
Wollmusslin, bedr.	2,50 RM.

Frottierväsche, Bademantelstoffe, Badecapes und Bademantel

Leipheimer & Rende

Feldvereinigung im Gewann „Auf der Hub“ Gemarkung Durlach.

Der von der Vollzugskommission ausgearbeitete Plan über das Unternehmen obigen Betreffs samt einer Darstellung über Forderung und Empfang jedes Eigentümers an Gelände und Geldentschädigung, sowie über die etwa zu leistenden Voraussetzungen oder gewährten Vorschüsse liegt bis einschließlich 3. Juli 1929 in dem Geschäftsräum des Städt. Vermessungsamts Durlach zur Einsicht der Beteiligten auf. Die Schlußtagfahrt findet am

Donnerstag, den 4. Juli 1929, nachm. 3 Uhr im Rathhausaal in Durlach statt.

Dies bringen wir den Beteiligten mit dem Anfügen zur Kenntnis, daß in derselben bei Ausschlußvermeiden etwaige Einwendungen oder Beschwerden der Eigentümer oder dritter Berechtigter vor der Vollzugskommission vorzubringen sind.

§. 144
Karlsruhe, den 15. Juni 1929.

Badisches Bezirksamt, Abteilung IV.

8%ige Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahr 1926

Die nach dem Tilgungsplan am 1. Oktober 1929 zur Heimzahlung fälligen Stücke der 8%igen Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1926 sind im Betrage von 255 400 RM durch die Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.

Mannheim, den 10. Juni 1929.

Der Oberbürgermeister.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

§. 132. Karlsruhe. Über das Vermögen des Fräuleins Pauline Holz, Inhaberin eines Spitzen- und Wäschegeäfts in Karlsruhe, Waldhornstraße 19, wurde heute, nachmittags 4.30 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Bücherrevisor Johann Riff in Karlsruhe, Hans-Thoma-Straße 5. Konkursforderungen sind bis zum 2. Juli 1929 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerauswahls, zur Entschlieung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Mittwoch, den 10. Juli 1929, vormittags 11½ Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Mademlestr. 4, 2. Stock, Zimmer 131. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt, od. zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an die Gemein-schuldnerin leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 2. Juli 1929 anzuzeigen. Karlsruhe, 11. Juni 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

§. 141. Karlsruhe. Das Vermögen des Kaufmanns Adolf Kottler in Karlsruhe, Westenstr. 32, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Karlsruhe, 13. Juni 29. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

Radelnholzverkauf des Städtischen Forstamts Baden-Baden I: 2400 fm Radelnholz in 7 Losen. Angebote bis spätestens 1. Juli 1929. Losverzeichnis durch das Forstamt. 143

Bauarbeiten.
Das Wasser- und Straßenbauamt Lrrach vergibt auf dem Wege des schriftl. Wettbewerbs die Arbeiten zur Verbesserung der Kreisstraße XVIII (Feldbergstraße). §. 125
Die Arbeiten umfassen: Abtragmasse: 4300 cbm. Sprengen von Felsen: 1400 cbm. Lieferung von Schotter: 5300 cbm. Setzen von Gestüdt: 12 500 qm. Herstellen von Stützmauern: 1900 cbm. Die Schotterlieferung für Los 1 mit 1500 cbm und evtl. auch von Los 2 mit 2000 cbm werden für sich vergeben. Die Angebote hierfür liegen ebenfalls auf.
Inbegriffen sind die üblichen Nebenarbeiten. Die Arbeiten werden in drei Losen vergeben. Die Angebotsordrude können während der üblichen Dienststunden zum Preise von 50 RM pro Los auf dem Bauamt abgeholt und die Unterlagen und Bedingungen eingesehen werden. Die Angebote sind verschlossen und portofrei bis spätestens Freitag, den 28. d. M., vorm. 11 Uhr, mit der Aufschrift „Verbesserung der Feldbergstraße“ versehen an das Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage. Der Vergabung wird die Bestätigung des Finanzamtsvertrags vom 27. 6. 1929 zugrunde gelegt.
Bad. Wasser- u. Straßenbauamt Lrrach.

Bruchsal. §. 142
Güterrechtsregisterreintrag Vb. III. S. 197. Lander Oskar, Gärtner in Untergombach und Helene geb. Hennrich, Vertrag vom 8. Mai 1929 Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 14. Juni 1929. Amtsgericht L.



Badisches Landestheater

Mittwoch, 19. Juni 11. Vorstellung der Schülermiete

Spzigente auf Lauris

Von Goethe
Regie: Baumhach
Mittwoch: 11. Juni

Ermarth, Hiel, Just, Prüiter, Schulze,
Aufang 18½ Ende n. 20½,
Preise A 0,70—5,20
Plätze im 2., 3. u. 4. Rang
sind für den allgemeinen
Verkauf freigegeben.

Do. 20. VI. Gesellschaft.
Fr. 21. VI. Die Dorfstraße
Hierauf: Meiner Andrea.
Sa. 22. VI. Zum erstenmal: Der Marich auf Rom.
So. 23. VI. Carmen.
Im Konzerthaus: XYZ.
Mo. 24. VI. Gesellschaft.

Colosseum

Heute 8 Uhr
Das lustige
Revue-

bilderbuch
Engel
auf
Urlaub

Ein Abend voll
Frohsinn und Laune

Detektiv

Argus

„Mannheim“
0 6 6
Planken
33305
A. Maier & Co., G.m.b.H.